UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 30 1936

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 11. Dezember	Nr. 1663

Ungarns Innenminister besuchte den Arbeitsdienst.

Berlin, 11. Dezember. Der ungarische Minister des Innern, Nikolaus von Kozma, besuchte am Freitag die im Reichsarbeitsdienst stehende deutsche Jugend.

Minister von Kozma, der vom ungarischen Staatssekretär Dr. Pelo Zoban und dem Gesandten Dome von Szilassy begleitet wurde, lernte die große Erziehungsschule der deutschen Jugend, den Reichsarbeitsdienst, an allen seinen bedeutenden Stätten, so im Haus des Arbeitsdienstes in Berlin-Grunewald, in der Reichsschule in Potsdam und vor allem an mehreren Arbeitsstellen beim praktischen Einsatz kennen.

Bei seinem Eintreffen im Hause des Arbeitsdienstes wurde der ungarische Innenminister von Reichsminister Frick und Reichsarbeitsführer Hierl herzlichst empfangen. Außerdem hatten sich sämtliche Amtschefs des Reichsarbeitsdienstes, Ministerialdirektor Willi und Regierungsrat Krebs vom Reichsinnenministerium sowie Brigadeführer Grolmann eingefunden.

Reichsarbeitsführer Hierl geleitete den Gast durch die Dienststellen des Arbeitsdienstes und vermittelte ihm einen Einblick in den Aufbau und das Wesen dieses bedeutungsvollen Werkes.

Im großen Kartensaal gab Generalarbeitsführer Thoms dann eine eindrucksvolle Darstellung von der großen Erziehungsaufgabe und der sozialen und volkswirtschaftlichen Bedeutung des Arbeitsdienstes.

Eingehend ließ sich Minister von Kozma an anschaulichem Kartenmaterial die gewaltigen Erfolge des deutschen Arbeitsdienstes mitteilen, so vor allem das Ergebnis des letzten Jahres 1935/36.

Nach diesen eindrucksvollen Darlegungen und der Besichtigung einer historischen Schau ging es in kraftwagen in die märkische Landschaft nach dem Ostseeland. Am östlichen Rande des oberen Rhinluchs arbeitet der Arbeitsdienst an der Entwässerung des Moorbodens. Aus der Erzählungen der Arbeitsmänner klang der Stolz über ihre große Aufgabe, die sie mit Freude erfüllt und alle zu einer engen Kameradschaft zusammenschließt.

Dann stattete Ungarns Innenminister einer Arbeitsdienst-Abteilung in Nauen einen Besuch ab. Die Besichtigungshalt endete in der Reichsschule des Arbeitsdienstes in Potsdam, wo Oberstarbeitsführer Kretschmann den ungarischen Minister begrüßte. Im großen Lehrsaal hielt Generalarbeitsführer Dr. Decker einen Vortrag über Zweck und Aufbau der Reichsschule.

Am Abschluß seines Besuches beim deutschen Reichsarbeitsdienst gab Minister von Kozma einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros folgende Erklärung ab:

„Ich bedaure von der Besichtigung der Arbeitsdienstlager mit, daß der deutsche Arbeitsdienst eine ganz hervorragende Einrichtung ist, die für die Jugend von größtem moralischem Wert ist. Das kameradschaftliche Zusammenleben und -arbeiten dieser Jugend aller Schichten führt zu gegenseitigem Verstehen und Achtung und schließlich zu einer Jugend lernt im Arbeitsdienst Disziplin und Arbeitsfreude. Beim Stand unserer heutigen Zivilisation gibt es leider Berufe, die viele Menschen in gar keine Verbindung mit der Natur kommen lassen. Hier bedeutet es ungeheuer viel, daß der Arbeitsdienst die gesamte Jugend in Berührung mit der Mutter Erde bringt. So wird diese Jugend seelisch und körperlich gestärkt.

Was ich gesehen habe, hat meine Erwartungen weit übertroffen. Die Organisation ist einfach und zweckmäßig. Hier zwischen den Arbeitsmännern, bei ihrer Arbeit und ihren Uebungen habe ich Deutschland kennen gelernt. Wie glücklich wäre ich gewesen, wenn ich in meiner Jugend das Erlebnis des Arbeitsdienstes gehabt hätte. Ich bin Reichsminister Frick und Reichsarbeitsführer Hierl sehr dankbar dafür, daß sie mir Gelegenheit zu einem tiefen Einblick in den Arbeitsdienst der deutschen Jugend gegeben haben."

Auf die Frage, ob Ungarn ebenfalls den Arbeitsdienst einzuführen gedenkt, sagte Minister Kozma, daß er in einer solchen Absicht, die er seit langem hege, durch diesen Besuch in Deutschland bestärkt worden sei. Die Einführung des Arbeitsdienstes in Ungarn ist aber vor allem von der finanziellen Frage abhängig.

* * *

Am Donnerstag stattete der ungarische Innenminister von Kozma Reichsminister Dr. Goebbels in seinem Ministerium einen Besuch ab. Die beiden Minister unterhielten sich längere Zeit in freundschaftlicher Weise über die beide Länder interessierenden Fragen.

Die Unterhausaussprache über das Abdankungsgesetz.

London, 11. Dezember. Das Unterhaus behandelte am Freitag in allen Lesungen das Gesetz zur Abdankung König Eduards VIII.

Als sich **Ministerpräsident Baldwin** von seinem Sitz erhob, begrüßte ihn starker Beifall des Hauses. Er erklärte einleitend, daß das Gesetz nur wenige Worte der Erläuterung bedürfte. Vier Dominions, nämlich Kanada, Australien, Neu-Seeland und Südafrika, hätten ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, in dieses Gesetz mit eingeschlossen zu werden. Er wies auf die Notwendigkeit des neuen Gesetzes hin, weil für eine Abdankung und eine Thronfolge nach einer Abdankung keine gesetzliche Vorsorge getroffen sei. Das Gesetz sei ferner erforderlich, um den König und seine Erben von der Thronfolge auszuschließen.

Baldwin streifte dann die Heiratsbestimmungen im Königlichen Hause auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1772, wonach kein Mitglied der Königlichen Familie ohne die Zustimmung des Monarchen heiraten dürfe. Es würde aber selbstverständlich falsch sein, diese Bestimmungen auf den König und seine Nachkommen anwenden zu wollen, die mit der Annahme des Gesetzes jedes Recht auf die Thronfolge verloren.

Nach Baldwin erklärte der Führer der Opposition, **Attlee**, daß die Labour-Partei das Gesetz annehmen werde, um dem Wunsche des Königs zu entsprechen und ein Kapitel in der Geschichte Englands zu beenden, das zu den traurigsten gehöre. Ein neues Kapitel müsse begonnen werden, und darum wünsche er, das Gesetz zu unterstützen. Die Labour-Party sei aber wegen grundsätzlicher wirtschaftlicher Aenderungen in Sorge. Sie wolle sich nicht in Diskussionen über Monarchie und Republik einlassen, es müsse aber der Wille des Volkes regieren. Er halte es weiter für notwendig, daß man sich schnellstens wieder den Fragen der Lebensbedingungen des Volkes und Staates sowie den Problemen der Weltpolitik zuwende. Mit besonderer Betonung sagte Attlee dann, er glaube, daß der Monarchie ein schlechter Dienst durch gewöhnliche Schmeicheleien erwiesen werde.

Für die Oppositionsliberalen erklärte hierauf **Sir Archibald Sinclair** die Bereitschaft seiner Partei, dem Gesetz zuzustimmen.

Der Sprecher der Unabhängigen Labour-Gruppe, **Maxton**, brachte einen Zusatzantrag ein, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die jetzigen Vorgänge deutlich die Gefahr gezeigt hätten, die dem Lande und dem britischen Reiche daraus drohte, daß alles an einer erblichen Monarchie hinge. Frieden und Wohlstand des Volkes erforderten vielmehr eine republikanische Staatsform.

Um diesen Antrag entbrannte sich eine Aussprache, in die auch **Sir John Simon** eingriff. Unter dem Beifall des Hauses erklärte der Innenminister, daß er nicht beabsichtige, sich des längeren mit dem Antrag auseinanderzusetzen. Er wies die Vorwürfe des linken Flügels gegen die Monarchie als solche zurück und erklärte, er glaube, der übermiegenden Stimmung des Hauses und des Volkes Ausdruck zu geben, wenn er sage, daß die britische Monarchie, die als Symbol der Einigkeit des Weltreiches gelte, den Stoß überwinden und verstärkt daraus hervorgehen werde, so ernst er auch sein möge. Unter starkem Beifall erklärte Simon dann weiter, daß der Wille des Volkes ausschlaggebend sein werde. Wenn das Gesetz angenommen sei, werde ein neuer Mann den Thron besteigen, der schon die Achtung des Volkes gewonnen habe.

Sir Austen Chamberlain, der nach Simon für die Konservativen sprach, wies darauf hin, daß man im Volke in dem König des Landes einen Freund und in der Monarchie einen Schutz sehe. Die Angriffe Maxtons auf die Monarchie wies er entschieden zurück.

Auf den Kommunisten **Gallacher**, der natürlich den Antrag unterstützte und die Monarchie angriff, folgten noch einige Abgeordnete der Oppositionsliberalen.

In der Debatte, in die mehrfach der Vorsitzende einzugriff, wurden auch die Heiratsverhältnissen Fragen der Angehörige der Königlichen Familie und des Vermögens des scheidenden Monarchen kurz berührt. Der **Vorsitzende** brach jedoch diese Debatten kurz wieder ab. Der **Generalrechtsanwalt** erklärte dann, daß er eine kurze Erklärung zu den angeschnittenen Fragen abgeben werde. Er führte aus, daß die Geldmittel aus der Zivilliste und den Einnahmen der Herzogtümer Cornwall und Lancester stammten. Diese Mittel, die augenblicklich dem König zur Verfügung stünden, würden an seinen Nachfolger, den neuen König, übergeben, und sobald das Gesetz angenommen sei, werde König Eduard von dort keine Einkünfte mehr beziehen. Welche Maßnahmen das Haus anschließend treffe, falle nicht zur Diskussion. Die Titel, die König Eduard als König trage, würden ebenfalls erlöschen und an seinen Nachfolger übergehen. Der Generalrechtsanwalt betonte im Laufe der Aussprache noch einmal ausdrücklich, daß es sich dabei nur um Titel handele, die mit der Krone verbunden sind.

Das Gesetz wurde dann ohne Pause ein zweites Mal gelesen und erörtert.

Der Labour-Abgeordnete **Lees Smith** wollte wissen, welchen Titel König Eduard nach der Annahme des Gesetzes tragen werde.

Der **Generalrechtsanwalt** erwiderte darauf, daß das eine Angelegenheit des neuen Königs sein werde.

Auf eine Frage, ob Eduard VIII. das Land verlassen müsse, wurde erwidert, daß kein Grund zu dieser Annahme vorliege.

Der Antrag Maxtons wurde dann mit der überwältigenden Mehrheit von 403 : 5 Stimmen abgelehnt.

Ministerpräsident **Baldwin**, der die dritte Lesung des Gesetzes eröffnete, dankte König Eduard noch einmal für das, was er für das Land geleistet habe. Er erklärte, daß die Zustimmung zu diesem Gesetz die letzte Handlung Seiner Majestät sein werde. Bevor er das Gesetz an das Oberhaus weitergebe, wolle er noch einmal zum Ausdruck bringen, daß man sich, was auch immer gegen der loyalen Dienste erinnern werde, die König Eduard seinem Lande als Prinz von Wales und während seiner kurzen Regierungszeit geleistet habe.

Das Abdankungsgesetz im Oberhaus.

London, 11. Dezember. Das Oberhaus behandelte das Abdankungsgesetz in einer rein formalen ersten, zweiten und dritten Lesung. In fünf Minuten hatte die Gesetzesvorlage das Oberhaus passiert.

Nachdem die Vorlage alle Lesungen durchlaufen hatte, zogen sich Lord Onslow, Lord Stanhope und Lord Denham zurück und legten ihre purpurfarbenen Hermelinmäntel an. Vor vollem Hause nahmen die drei Lords dann auf der Roten Bank auf der Estrade ihren Platz ein.

Die Mitglieder des Unterhauses wurden zusammengerufen und in der üblichen Art davon unterrichtet, daß der König beschlossen habe, persönlich nicht anwesend zu sein. Er habe Vollmacht erteilt, einem Gesetz zuzustimmen, das dem Hause vorgelesen worden sei.

Nach den notwendigen Formalitäten der Verlesung verkündigte der Clerk die Erklärung des Königs zum Abdankungsgesetz. An der einen Seite des Tisches stand der Clerk des Parlaments, an der anderen der Lordkanzler. Mit der alten normannischen Formel „Le Roy le Veult" wurde hierauf dem Willen des Königs Ausdruck gegeben.

Damit war um 14.52 MEZ die Zustimmung König Eduards zum Gesetz gegeben, durch das der Herzog von York König wurde.

Baldwin bei König Georg VI.

London, 11. Dezember. Freitag nachmittag stattete Premierminister Baldwin dem König Georg VI. seinen ersten Besuch ab.

Auf Fort Belvedere wurden inzwischen die Abreisevorbereitungen für den früheren König, Eduard VIII., fortgesetzt. Sein Gepäck ist bereits seit mehreren Tagen fortgeschafft worden. Der Bestimmungsort ist nicht bekanntgegeben worden.

Das Flugzeug des bisherigen Königs, ein rot-blauer Dragon, verließ um 15 Uhr 30 MEZ den Flugplatz Hendon in westlicher Richtung, mit unbekanntem Reiseziel.

Der Mordprozeß Frankfurter.

Chur, 11. Dezember. In der Nachmittagssitzung wird dem Verteidiger des Angeklagten David Frankfurter, Dr. Curti, das Wort zur Fortsetzung seines Plädoyers gegeben. Er erklärt, seitens der Zivilpartei wurde behauptet, daß alles, was er über die Judenversammlungen in Deutschland vorbringe, Greuelmärchen seien, an die in Deutschland kein Mensch mehr glaube. Um diesem Einwand zu begegnen, habe er eine „photographische Dokumentensammlung" zusammengestellt in der Annahme — wie er höhnisch bemerkt, — daß in Deutschland die photographische Kamera noch nicht ungeschaltet sei.

Aber wer nun erwartet hatte, in dieser photographischen Dokumentensammlung die von der Emigrantenpresse so oft behaupteten grauenhaften Mißhandlungen der Juden in Deutschland zu finden, wurde völlig enttäuscht. Die ganze Sammlung enthielt nichts anderes als Photokopien von Zeitungen, Hausinschriften, Postkartsetzt einer Liste der Aerzte eines Kurortes, von Sitzungen eines Vereins mit einem Arier-Paragraphen, einer Seite aus dem Buche „Juden sehen dich an", eines Schildes „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter", einer Tafel „Juden nicht erwünscht", Photographien endlich von Schildern „Jüdischen Hausierern ist der Zutritt verboten" und von Warnungen vor den jüdischen Frauenschändern.

Das Glanzstück dieser sogenannten „Dokumentensammlung" ist die Photographie einer gelben Armbinde aus einem Konzentrationslager. Als weitere „Beweise" liest der Verteidiger darum aus einigen „Stürmer"-Nummern vor. Bei der Wiedergabe einer Titelseite-Anzeige, in der ein Jude sich zur fachlichen Bearbeitung bei Pleiten mit Gewinnbeteiligung anbietet, können die nichtjüdischen Prozeßteilnehmer ihre Heiterkeit nicht verbergen. Schließlich sitzt das ganze Gericht da und hat „Stürmer"-Nummern in der Hand.

Als nächsten Punkte seiner Verteidigung behandelt Dr. Curti die literarischen Ergüsse der Emigranten über ihre angeblichen Erlebnisse in Deutschland. Der Verteidiger versucht schon im voraus die angekündigten jüdisch-kommunistischen Emigranten-Greuelmärchen dadurch glaubhafter zu machen, daß er erklärt, daß diese literarische Produktion lägen sogar eidesstattliche Erklärungen vor.

Was von diesen Eiden zu halten ist, hatte der Verteidiger unmittelbar vorher selbst verlesen: „Trau nicht dem Fichslein auf der Heide, Trau nicht dem Jud' bei seinem Eide."

Die Verlesung dieser unappetitlichen Greuelliteratur jüdischer Emigranten unterbrach der **Präsident** durch die Verlesung eines Telegramms, das Dr. Hans Hoffmann, St. Gallen, der Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten der Schweiz, Dr. Arthur Hoffmann, an den Gerichtshof gerichtet und um dessen öffentliche Verlesung er ausdrücklich gebeten hatte.

In diesem Telegramm protestiert der Sohn des in der ganzen Schweiz hoch geachteten ehemaligen Bundespräsidenten auf das Entschiedenste gegen den Mißbrauch des Namens seines Vaters durch die Verteidigung in diesem Prozeß.

Als die Verteidigung zu dem Telegramm Stellung nehmen will, unterstreicht der **Vorsitzende** noch einmal den ausdrücklichen Einspruch, daß der Name des ehemaligen Bundespräsidenten überhaupt genannt werde. Zugleich bittet der Vorsitzende den Verteidiger, die Verlesung dieser Literatur einzuschränken. Der Verteidiger beruft sich darauf, daß er durch die Verlesung glaubhaft machen wolle, daß ein ausländischer Jude wie Frankfurter sich durch das angeschlossene Schicksal deutscher Juden so habe hinreißen lassen, daß er schließlich „explodiert" sei.

Obwohl der Verteidiger zusagt, die Verlesung dieser literarischen Erzeugnisse einzuschränken, nimmt sie doch noch den ganzen Rest des dritten Verhandlungstages in Anspruch.

Die Rechtskraft der Abdankung im Britischen Weltreich.

London, 11. Dezember. In fast allen Teilen des britischen Weltreichs wird die Abdankung Eduards VIII. gleichzeitig Rechtskraft erhalten. Nachdem der König der Abdankungsurkunde des Parlaments seine eigene Zustimmung gegeben hat, hört er für England und die Kolonien auf, König und für Indien Kaiser zu sein.

Hinsichtlich der Dominien müssen besondere Schritte unternommen werden. Da das kanadische Parlament zurzeit nicht tagt und auch nicht schnell genug einberufen werden kann, hat die Kanadische Regierung den Abdankungsakte ihre vorläufige Zustimmung gegeben, die jedoch erst im nächsten Monat rechtsgültig wird, nachdem das kanadische Parlament eine ähnliche Akte wie das Londoner Parlament angenommen hat.

Sowohl in Australien als auch in Neuseeland werden die Volksvertretungen ebenfalls die notwendige Akte verabschieden. Das gilt auch für Südafrika, obgleich dessen Parlament erst am 8. Januar 1937 die endgültige Zustimmung aussprechen wird.

Unklar ist noch die Haltung des Freistaates Irland. Dort ist für Freitag der Landtag einberufen worden. In Dublin wurde am Donnerstag abend eine vom Präsidenten de Valera unterzeichnete Mitteilung ausgegeben, die folgendermaßen lautet:

„Ich bin von Seiner Majestät König Eduard VIII. unterrichtet worden, daß er heute eine Abdankungsurkunde ausgefertigt hat. Soweit es sich um den Freistaat Irland handelt, wird die Abdankung mit Wirkung vorsehen, bevor nicht das Parlament für diesen Zweck gesetzgeberische Maßnahmen erlassen hat."

Diese Mitteilung wird in London verschiedenartig ausgelegt; doch überwiegt die Ansicht, daß die Regierung des Freistaates Irland gewillt ist, die Abdankung zu bestätigen und den neuen König als Oberhaupt des britischen Commonwealths anzuerkennen. Es wird jedoch mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Formulierung dieser Anerkennung von den Formulierungen in England und den übrigen Dominien abweichen wird.

In Indien wird die Proklamierung des neuen Kaisers am Sonnabend unter militärischen Gepränge erfolgen.

Wieder ein sowjetrussischer Munitionsdampfer gekapert.

London, 11. Dezember. Aus Lissabon wird berichtet, daß der Kreuzer „Canarias" der spanischen Nationalregierung 150 Meilen südlich der Baleareninseln einen sowjetrussischen Dampfer gekapert habe, der mit Waffen und Munition sowjetrussischer Herkunft beladen war. Der Dampfer wurde nach Mallorca geschleppt.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtfeger, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.